Stadtparlament
9201 Gossau
www.stadtgossau.ch
info@stadtgossau.ch

Stadt Gossau

Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2001 - 2004

16. Sitzung

Dienstag, 3. Dezember 2002, 17.00 bis 19.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz	Claudia Meier-Uffer (FLiG)
Anwesend Stadtparlament	28 Mitglieder
Entschuldigt	Hans Züst (FDP) Johnny Ochsner (FDP)
Anwesend Stadtrat	7 Mitglieder

Traktanden

16.1 Bericht über hängige Motionen und Postulate
16.2 Voranschläge 2003 und Steuerfuss
16.3 Neue parlamentarische Vorstösse

16.1
Bericht über hängige Motionen und Postulate

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 7. November 2002:

Beschluss des Stadtparlamentes:
Kenntnisnahme

16.2
Voranschläge 2003 und Steuerfuss

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 7. November 2002 mit folgenden Anträgen:

1. *Der Voranschlag des Städtischen Haushaltes mit einem Aufwandüberschuss von 483'500 Franken und der Technischen Betriebe mit einem Ertragsüberschuss von 590'000 Franken für das Jahr 2003 werden genehmigt.*

2. *Die Steuersätze für das Jahr 2003 werden wie folgt festgelegt:*
   Gemeindesteuer 130% (wie bisher)
   Grundsteuer 0.6‰ (wie bisher)

3. *Die Feuerwehrabgabe wird nach dem kantonalen Tarif erhoben und beträgt höchstens 200 Franken.*

Das Präsidium hat beschlossen, dass eine Eintretensdebatte geführt wird.

Eintretensdiskussion

Stadtpräsident Alex Brühwiler stellt den Antrag, die Kontogruppe 1291 „Verein Kindertagesbetreuung“ zu streichen. Die Kontoführung ist ein Nullsummenspiel. Stadtrat und Parlament haben keinen direkten Einfluss auf diese Konti. Der Beitrag der Stadt an den Verein bleibt im Konto 1541.3521 enthalten.

Paul Egger (CVP), Präsident der Geschäfttsprüfungskommission, unterbreitet den Bericht der GPK:

„Das Parlament wird heute über das 2. Budget befinden. Sehr früh hat uns der Stadtrat die Unterlagen zum Studium zugestellt. Dies ist anerkennenswert, wie im übrigen auch die gegenüber dem letzten Jahr bereits von wesentlich erhöhter Qualität der Aussagen begleiteten Erklärungen. Ein guter Anfang ist gemacht. Ich danke herzlich - im Namen der GPK - dem Stadtrat, vorab dem obersten Finanzer, Stadtpräsidenten Herrn Alex Brühwiler und auch dem Finanzamt, vor allem Herrn Heinz Loretini die seriöse und auch aufwendige Budgetarbeit.

Nun einige Grundsatzmerkungen:

- Im Budget kann man da und dort grossen Sparwillen erkennen; dies ist auch anerkennenswert. Es sind aber auch einige namhafte Investitionen auszumachen. Das macht durchaus auch Sinn. Man kann sich aber mitunter auch „kranksparen“.
- Hier gilt es für alle Beteiligten – Stadtrat und Parlament – die richtigen Schwerpunkte zu setzen, mit Blick auf eine nachhaltig gute Finanzentwicklung der Stadt Gossau (sowohl bei Einnahmen wie bei Ausgaben); das ist nicht ein einmaliger Prozess – das sollte uns permanent begleiten.
- Die Gesamtwürdigung der vorgelegten Arbeit verdient nach Auffassung der GPK das Prädikat gut. Die Budgetarbeit ist – wie gesagt – seriös vorgenommen; die Auskünfte sind bereitwillig erteilt worden, die Positionen scheinen vor allem nach Rücksprache plausibel und somit auch verständlich. Aber eben, nach Rücksprache. Daher ein Tipp: Das könnte verhindert werden, wenn der eine oder andere nichtssagende Kommentar qualitativ noch gehaltvoller und präziser vorgelegen hätte.
- Die Verknüpfung zwischen den Leitsätzen und dem Budgetierungsprozess ist erst für 2004 möglich.

- Zum Finanzplan werde ich mich nicht äussern, da er nicht Bestandteil der Beratung ist und die „Allgemeinen Bemerkungen“ des Stadtrates selbstredend sind.

Einige generelle Bemerkungen:
- Die laufende Rechnung des städtischen Haushalts sieht einen Gesamtaufwand von 76,86 Mio. Franken und einen Gesamtertrag von 76,34 Mio. Franken vor. Das heisst, es wird ein nicht allzu grosses Defizit von 483.000 Franken budgetiert.
- Lässt man nun die Positionen „Interne Verrechnungen“ und „Spezialfinanzierungen“ ausser Betracht, so ist festzuhalten, dass die Ausgaben von 71,86 Mio. Franken um sehr beachtliche 6,84 Mio. oder + 10,5 % höher budgetiert werden.
- Bei den Einnahmen sind es nur rund 4 Mio. Franken mehr. Die Einnahmen insgesamt machen Fr. 68.81 Mio. aus. Damit nicht doch ein grösseres Defizit ausgewiesen werden muss, ist der Entnahme aus Spezialfinanzierungen von Fr. 2,72 Mio. zuzuschreiben. Dies ist – meine Damen und Herren – auch von letztmaliger Auswirkung. Die Revisionsstelle hat – wie letztes Jahr hier von der GPK bereits erwähnt – verlangt, dass diese „Spezialkonti“ aufgelöst werden. Und dies ist nun geschehen.
- Die Vergleichbarkeit ist bei vielen Positionen schon recht gut möglich. Bei einigen Zahlenabweichungen sind Veränderungen in der Verbuchungspraxis oder der Systeme (namentlich im Bildungsbereich) zu berücksichtigen.

Bemerkungen zur Artengliederung (Seite 3 des Kommentars)
- Der Personalaufwand steigt um 6% und dies bei praktisch gleichbleibendem (quantitativen) Stellenplan. Die spontane Plausibilität fehlt hier weitgehend. Selbst wenn die Vergleichbarkeit nicht überall gegeben ist, sind strukturelle Wachstumstendenzen bei den Personalkosten sehr ernst zu nehmen. Dieses Jahr ist die Vergleichbarkeit beim Posten „Bildung“ nicht gegeben. Von der Erhöhung von rund 1,2 Mio. Franken ist hier die Umbuchung der Beiträge Lindenberg von rund einer Million Franken zu berücksichtigen.
- Die Personalkostenentwicklung insgesamt im Bereich „Stadtverwaltung“ ist fürs nächste Jahr sehr moderat ausgefallen, obwohl recht komfortable Gehaltsanpassungen gewährt wurden. Auch mit Bezug auf den Stellenplan sind sehr erfreuliche Tendenzen auszumachen. Die spür- und erlebbare Effizienzsteigerung und Qualität in der Verwaltung möchte ich hier sehr lobend erwähnen.
- Bei den übrigen Personalaufwendungen möchte ich die linearen Erhöhungen von 3,5% erwähnen. Diese werden für gezielte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden verwendet. Wir begrüssen diese Massnahme, sofern die Beträge nach konzeptionell ausgereiften und nachvollziehbaren Kriterien eingesetzt werden. Der Stadtrat erstellt ein Konzept. Für Stadt und Mitarbeitende sollen Mehrwerte generiert werden können. Das ist gut investiertes Geld meine Damen und Herren. Dadurch kann die Arbeitsplatzfähigkeit erhalten und/oder gefördert werden; das ist zu begrüssen.
- Der Sachaufwand steigt um happige 1,7 Mio. oder + 19.9 %. Höhere 2,36 Mio. Franken verschlingen die Abschreibungen. Das letztjährige beschlossene Reglement zeigt seine Wirkung. Ebenso dadurch sind die um rund eine Million höheren Aufwendungen im baulichen Unterhalt zu erklären.

Bemerkungen zur Funktionalen Gliederung (Seite 6 des Kommentars):
- Die Nettoaufwände betragen 44,47 Mio. Franken; sie sind 2,31 Mio. Franken bzw. 5,48% höher. Auch diese sind wesentlich höher, als es die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung erlauben würde. Diese funktionale Betrachtung ist für mich im Grunde genommen wesentlich aussagekräftiger als die Artenrechnung, hier sind die Geldströme abgelichtet. Und hier sind die hauptsächlichsten Erhöhungen in den Bereichen Bildung, Kultur, Soziale Wohlfahrt zu finden.

- 12 Bildung: Wenn man nun die Dimensionen in dieser Rechnung betrachtet, fällt auf, dass mit fast 28 Mio. Franken der Bereich Bildung 63% aller Ausgaben ausmacht. Von diesen 28 Mio. sind 91% oder 25,5 Mio. sog. „gebundene Ausgaben", also solche, über die wir derzeit nichts zu entscheiden haben – oder noch nichts. Gerade durch die Tatsache, dass diese Kosten quantitativ und in ihrer Wichtigkeit vor allem zukunftsbezogen eine sehr wichtige Bedeutung behalten, ist es wichtig, hier dem Ausgabenfranken besonders Sorge zu tragen. Es sind im Bildungsbereich auch in Gossau kostenoptimale Lösungsansätze anzustreben, die kreative, hoffentlich innovative, sicher aber qualitativ einwandfrei garantierende Leistungsstrukturen ermöglichen. Das ist auch Standortqualität – wie es in den Leitsätzen steht. Auch in diesem Bereich sind Mehrwerte ersichtlich zu generieren. Diesbezüglich wird jedermann in diesem Hause gefordert sein.
- 13 Kultur, Freizeit: (1,1 Mio.) Diese Position erfährt im Budget eine namhafte Erhöhung um 458.000 Franken. Die Vergleichbarkeit ist jedoch zufolge einmaliger und neuer Posten (im Zusammenhang mit dem Bauamtsmagazin) nicht gegeben.
- 15 Soziale Wohlfahrt (mit 6,5 Mio. der zweitgrösste Ausgaben-Posten): Diese Gruppe ist mit einem Wachstum von praktisch einer Million Franken eingestellt. Das ist ein Plus von 17,7 %. Auch in der Kontoklasse 15 ist grösste Wachsamkeit angezeigt. Der Stadtrat hat dies nach unserem Dafürhalten durchaus erkannt. Die meisten Veränderungen – sprich Erhöhungen – sind in der Position des Altersheimes Espel auszumachen. Es ist sehr sinnvoll, dass dieser Betrieb konzeptionell und mit Bezug auf Wirtschaftlichkeit genauer geprüft wird. Alters- und Pflege-Strukturen haben sich geändert.

Die GPK stellt mit Besorgnis die substanziell und strukturell stark steigenden Kosten der Informations-Technologie – auch in der „Firma Stadt Gossau" – fest. Die Transparenz von Verarbeitungskosten, Gebührenmodelle und Effizienz der VRSG machen nicht den erfrischendsten Eindruck. Wir würden es begrüssen, wenn der Stadtrat Strukturen hinterfragt und andere Lösungsmodelle oder -Ansätze überprüfte.

Investitionsrechnung

Im Jahr 2003 sind im städtischen Haushalt beachtliche 18,43 Mio. Franken Nettoinvestitionen vorgesehen; zum grössten Teil wiederum fremdfinanziert. Wir werden dadurch auch wiederum wesentlich höhere Abschreibungen zu verkraften haben. Die einzelnen Investitionen sind im Kommentar nachvollziehbar aufgelistet. Ueber grössere Geschäfte, und das sind die meisten, wird das Parlament mit separaten Vorlagen bedient werden. Wir schätzen diese Transparenz.

Beim Gespräch mit dem Stadtrat haben wir drei Investitionen besonders betrachtet und diskutiert, für die es auch nach Meinung der GPK wenig Sinn macht, dass eine separate Vorlage ausgearbeitet wird. Es wurde aber je im Kommentar erwähnt - teils irrtümlich - dass eine Vorlage folgen wird:

- Antrag 1070 Rathausumbau Fr. 156.000 / Dieser Budgetposten ist im Zusammenhang mit dem Ausbau des DLZ im Rathaus zu betrachten. Da die Wohnung bereits seit 1. Dezember 2002 leer ist, kann mit dem Umbau sofort begonnen werden und es können auch unmittelbar und sofort bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden; Effizienzsteigerungsmöglichkeiten sollte man nicht künstlich hinausschieben.
- Antrag 1620 Kirchstrasse Fr. 755.000 / Es werden schon fast „Jahrzehnte" rund um diese Strasse Diskussionen geführt. Nachdem nun auch endlich alle Anwohner sich für eine Lösung einigen konnten und die Strasse nach Vollendung des Abwasserkanals und der Werkleitungen ohnehin gemacht werden muss, kann dies – ohne nochmals eine spezielle Vorlage – unverzüglich geschehen. Es ist also eine gebundene Ausgabe.
- Antrag 1750 Arneggerbach Fr. 1.000.000 / Dies ist ebenso als eine „gebundene Ausgabe" zu betrachten. Der Kredit ist bereits 1995 durch die Bürgerversammlung erteilt worden. Der Stadtrat erklärt, dass weder Konzept noch Methode geändert werden mussten, zudem ist die Zeit für das Realisieren mehr als „reif"; der Ausbau des Baches könnte ebenso unverzüglich gemacht werden.

Technische Betriebe

Dass sich auch dieser Betrieb bzw. deren Geschäftsfelder im Umbruch befinden, wird aus den Budgetzusammenstellungen bzw. – Vergleichen sichtbar. Die Zeiten haben sich auch hier geändert. Es wird lediglich noch mit einem Ueberschuss von Fr. 590.000 gerechnet, wobei vorab der städtische Haushalt mit Fr. 500.000 alimentiert

werden soll. Auch für diesen Betrieb ist es durchaus angezeigt, konzeptionelle Ueberlegungen anzustellen, zumal auch im Jahre 2003 hohe 5,2 Mio. Nettoinvestitionen anfallen werden, die es zu verzinsen und zu amortisieren gilt. Diese Investitionen werden im Grunde genommen überhaupt nie hinterfragt. Meine Damen und Herren, es ist nicht nur aus betriebswirtschaftlicher Sicht sinnvoll, Strukturen, Abläufe, Betriebsart der Technischen Betriebe einmal zu hinterfragen und im Sinne vermehrter Transparenz und sicherlich Effizienz evtl. anzupassen.

Die GPK stellt Ihnen einstimmig folgende Anträge:

1. Eintreten
Die GPK beantragt auf die Voranschläge 2003 einzutreten.

2. Beschlussfassung

1. *Das Stadtparlament verzichtet darauf, dass für folgende Projekte der Investitionsrechnung 2003 separate Vorlagen unterbreitet werden:*
   Konto 1070 Rathaus: Umbau 2. Obergeschoss für Hochbauamt (CHF 157'000)
   Konto 1620 Gemeindestrassen: Kirchstrasse, Instandstellung nach Kanalbauarbeiten (CHF 755'000)
   Konto 1750 Gewässerverbauungen: Arneggerbach (CHF 1'000'000)
2. *Die Voranschläge des städtischen Haushaltes und der Technischen Betriebe für das Jahr 2003 seien unter Berücksichtigung der aus dem Parlament überwiesenen Anträge zu genehmigen.*
3. *Der Steuerfuss für das Jahr 2003 sei auf **130 Prozent** der einfachen Steuer festzusetzen.*
4. *Der Grundsteuersatz für das Jahr 2003 sei auf **0,6 Promille** festzusetzen.*
5. *Die Feuerwehrabgabe sei nach dem kantonalen Tarif zu erheben und soll höchstens 200 Franken betragen."*

Hanspeter Fröhlich (FDP) begrüsst, dass der bisherige Steuerfuss gehalten wird. Er findet die Uebersichtlichkeit des Budgetberichtes verbesserungsfähig. Der Kommentar ist nicht vollständig, der Stellenplan sollte aussagekräftiger werden. Die Steuer-Erträge scheinen zu optimistisch budgetiert. Die Aussagen im Finanzplan sind noch mager.

Benno Koller (SVP) stellt fest, dass die Ausgabensteigerung über der Teuerungsrate liegt, diese Entwicklung sollte gestoppt werden. Das Wirtschaftswachstum liegt bei 2,7 %, das Ausgabenwachstum der Stadt bei 6,9 %. Der Aufwand pro Stelle ist von 2001 mit 111'031 Franken auf 2003 mit 121'736 Franken um 9,6 % gestiegen. Er stellt in Frage, ob der Leitzsatz, wonach die Ausgaben sich nach den Einnahmen richten, noch erfüllbar ist.

Hildegard Manser (LdU/SP) bezweifelt die Realität der im Budget angenommenen Steigerung der Steuereinnahmen. Die Entnahme aus der Strassenbaureserve von 2.7 Mio. Franken entlastet das Budget. Der Kommentar zum Budget ist zu dürftig ausgefallen.

Thomas Hürlimann (CVP) strebt eine reale Stabilisierung der Konsumausgaben an. Die Summe von Steuern, Gebühren und Perimeterbeiträgen soll für den Bürger nur unwesentlich schwanken. Die Kostenentwicklung der Dienstleistungen VRSG wird mit einem heute einzureichenden Postulat hinterfragt. Der Stadtrat wird eingeladen, Alternativen zur VRSG zu prüfen. Bei den Technischen Betriebe sind vor allem beim baulichen Unterhalt Reserven eingebaut. Die Transparenz und Vergleichbarkeit in diesem Budget fehlt.

Hubert Füllemann (FDP) stellt einen ergänzenden Antrag zum Antrag 2.1 der GPK. Er beantragt, dass das Parlament ausdrücklich jene Projekte der Investitionsrechnung 2003 bezeichnet, welche dem Stadtparlament separat zur Beschlussfassung vorgelegt werden müssen. Es sind dies: Konto 1071 Untersuchungsamt, Konto 1217 Oberstufenzentrum, Schulhaus Hirschberg, Notkerschulhaus, Doppelturnhalle Andwil, Konto 1340 Garderoben Buchenwald, Konto 1570 Erweiterung Altersheim Espel, Konto 1620 Bächigenstrasse, Weideggstrasse, Konto 1711 Kanal Wilerstrasse, Kanal Florastrasse, Konto 1750 Bädlibach.

Beschluss des Stadtparlamentes:
Das Eintreten auf das Budget 2003 wird einstimmig beschlossen.

Detailberatung Laufende Rechnung Stadthaushalt

Stefan Schmid (LdU/SP) stellt fest, dass die internen Verrechnungen des Personalaufwandes immer höher werden, z.B. im **Konto 1000.3901**. Er möchte in diesem Bereich grössere Transparenz.

Marianne Federer (FLiG) hält fest, dass der Schulrat gemäss kürzlich gefälltem Beschluss an den Besuch der Vorkurse und Vorlehren gemäss Berufsbildungsgesetz ab Schuljahr 2003/2004 keine Beiträge mehr leistet. Sie stellt im Namen der FLiG-Fraktion folgenden Antrag:
*„Im Konto **1210.3621** „Beitrag an Schulen in St. Gallen" soll der budgetierte Betrag um 80'000 Franken erhöht werden, damit die Schulgelder für Schülerinnen und Schüler des 10. Schuljahres der GBS gemäss Beschluss der Bürgerversammlung vom 14. April 1998 im gleichen Rahmen wie bisher übernommen werden können."*
Weiter erkundigt sie sich nach den rechtlichen Grundlagen für den Beschluss des Schulrates, der dem Bürgerversammlungsbeschluss widerspricht.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) unterstützt den Beschluss des Schulrates.

Stefan Schmid (LdU/SP), Martin Keller (CVP), Kurt Rindlisbacher (FDP), Alfred Zahner (FLiG), und Trudi Weibel (FLiG) unterstützen den Antrag der FLiG-Fraktion.

Patrick Scheiwiller (CVP) und Paul Egger (CVP) fragen, ob im Budget 2003 die Schulgelder enthalten sind oder nicht. Er unterstützt, dass beide Schulen weiter bezahlt werden. **Albert Lehmann (CVP)** weist darauf hin, dass in den Jahren 2002 und 2003 die gleichen Budgetbeträge eingesetzt sind, und somit die beiden Schulen weiter bezahlt werden. **Hanspeter Fröhlich (FDP)** weist darauf hin, dass die Ausgabe dieses Budgetpostens nicht Gegenstand dieser Diskussion sein kann.

Schulratspräsident Markus Sprenger orientiert, dass mit der Kantonalisierung des Berufsschulwesens das ganze Berufsschulwesen an den Kanton gegangen ist. Weiterhin zuständig ist derzeit die Schule für das freiwillige 10. Schuljahr gemäss Volksschulgesetz. Derzeit werden im Kanton Brückenangebote zwischen obligatorischer Schule und Berufsausbildung ausgearbeitet. Voraussichtlich sind ab 2004 sämtliche Bereiche nach der Volksschulzeit in der Hand des Kantons. Im Budget 2003 sind im Konto 1210.3621 die Beiträge an das 10. Schuljahr der GBS noch enthalten, die Beschlüsse des Schulrates und des Stadtrates wurden nach Verabschiedung des Budgets gefällt.

Marianne Federer (FLiG) zieht im Namen der Fraktion den gestellten Antrag zurück. Sie stellt den Antrag, dass die Schulgeldbeiträge an die beiden Schulen GBS und Blumenbergplatz zu Lasten der Stadt gehen.

Beschluss des Stadtparlamentes:
Abstimmung über den neuen Antrag der FLiG: Der Antrag wird angenommen mit 17 Ja, 7 Nein und 4 Enthaltungen.

In der Eintretensdebatte hat der Stadtrat den Antrag gestellt, die **Kontogruppe 1291** „Verein Kindertagesbetreuung" ersatzlos zu streichen.

Beschluss des Stadtparlamentes:
Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Patrick Scheiwiler (CVP) stellt den Antrag, den Budgetbetrag von 25'000 Franken im **Konto 1330.3182** ersatzlos zu streichen (Vorabklärungen Stadtpark Mooswies). Nach der Ablehnung des Projektes „Territoire Imagi-

naire“ muss der Budgetposten zurückgestellt werden, bis Erkenntnisse aus dem Stadtentwicklungsprojekt vorliegen.

Stefan Schmid (LdU/SP) unterstützt den Kredit. Die Idee eines Stadtparkes ist bestechend, der Standort Mooswies ist geeignet für einen Stadtpark.

Albert Lehmann (CVP) möchte den Kredit noch nicht im Budget haben. Vorerst ist aber die Diskussion über einen Stadtpark zu führen. Bei Bedarf kann der Kreditbetrag später gesprochen werden.

Trudi Weibel (FLiG) will das Geld für die Planung frei geben, damit der Stadtrat die Möglichkeit für erste Abklärungen hat. Dann hat das Parlament Entscheidgrundlagen über die mögliche Realisierung eines Stadtparkes. denken.

Ruedi Zingg (CVP) möchte zuerst den Grundsatzentscheid aus dem Stadtentwicklungsprozess abwarten. Die 25‘000 Franken reichen ohnehin nicht für gründliche Abklärungen.

Stadtrat Kurt Züblin sichert zu, dass der Betrag nicht frei gegeben wird, bevor das Bedürfnis bejaht wird. Für den Fall, dass die Planung aufgenommen wird, sollte ein Betrag im Budget enthalten sein.

Beschluss des Stadtparlamentes:
Abstimmung über den Antrag auf Streichung von 25'000 Franken im Konto 1330.3182: Der Antrag wird angenommen mit 20 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltung.

Roman Weibel (FLiG) redet zu **Konto 1379.3652.** Er möchte den hier eingesetzten Beitrag von 50'000 Franken an den Walter Zoo Verein belassen. Der Stadtrat soll sich dafür einsetzen, den Beitrag ausschliesslich für die Förderung der tiergerechten Haltung im Zoo verwendet werden. Der Zoo soll angehalten werden, die Raubtierhaltung auf 1 Grosskatze zu reduzieren, und die Haltung der Geier und Uhu einzustellen.

Patrick Scheiwiler (CVP) stellt fest, dass die Kosten in den Konti **1770.3181** Ortsplanung und **1770.3183** Raumplanung explodieren. Die Arbeiten an der Richtplanrevision sind abgeschlossen. Für Richtplanung und Ortsplanung sollten 150'000 Franken ausreichen. Er stellt folgende Anträge:

1. *Der Budgetposten 1770.3181 Honorar Ortsplanung wird um 62'000 Franken auf 130'000 Franken gekürzt.*
2. *Der Budgetposten 1770.1383 Ortsplanung Richtplan wird um 27'000 Franken auf 20'000 Franken gekürzt.*

Stadtpräsident Alex Brühwiler weist darauf hin, dass die Weiterführung der Verkehrsplanung Kosten verursacht. Die Ortsplanung muss ständig nachgeführt werden, es sind rund 20 Projekte offen, z.B. Neuerschliessung von privaten Ueberbauungen. Die Rückerstattungen im Konto 1770.4361 mit 75'000 Franken müssen bei der Beurteilung mit berücksichtigt werden. Zum Teil werden die Planungskosten den Grundeigentümern weiter belastet. Er beantragt die Ablehnung der Anträge.

Stefan Schmid (LdU/SP) möchte im nächsten Budget mehr Angaben zu dieser Budgetposition. Es soll ersichtlich werden, was man für dieses Geld bekommt.

Stadtpräsident Alex Brühwiler verweist auf das vollumfängliche Einsichtsrecht der GPK. Der Stadtrat kann nicht alle Informationen, welche private Grundeigentümer betreffen, in der Oeffentlichkeit diskutieren.

Beschluss des Stadtparlamentes:
Zu Antrag 1: Der Budgetposten 1770.3181 Honorar Ortsplanung wird um 62'000 Franken auf 130'000 Franken gekürzt. Der Antrag wird mit 12 Ja, 15 Nein und 1 Enthaltung abgelehnt.

Zu Antrag 2: Der Budgetposten 1770.1383 Ortsplanung Richtplan wird um 27'000 Franken auf 20'000 Franken gekürzt. Der Antrag wird mit 12 Ja, 15 Nein und 1 Enthaltung abgelehnt.

Detailberatung Investitionsrechnung Stadthaushalt

Patrick Scheiwiler (CVP) stellt im Konto 1620 die Position „Geh- und Radweg Weideggstrasse" zur Diskussion. Er stellt fest, dass für diesen Weg auf Andwiler Seite derzeit keine Weiterführung geplant ist. Der Schulrat Andwil-Arnegg und die Dorfkorporation Arnegg möchten eine bessere Anbindung des Gebietes Zehnstadel. Diese Anbindung soll über eine direkte Verbindung Zehnstadelweg-Geretschwilerstrasse südlich der Arneggerstrasse und der daran angrenzenden Häuser erfolgen. Er beantragt deshalb, den Kredit von 930'000 Franken nicht zu Gunsten des Projektes Geh- und Radweg Weideggstrasse, sondern für das Projekt Geh- und Radweg Zehnstadelweg-Geretschwilerstrasse mit allfälliger Bachoffenlegung zu verwenden.

Stadtrat Kurt Züblin kann mit einer Aenderung des Projekt-Titels gut leben. Er schlägt vor, dass das Projekt offen als „Schulwegverbindung Arnegg-Andwil" bezeichnet wird, und der Betrag im Budget drin bleibt.

Patrick Scheiwiler ist damit einverstanden unter der Voraussetzung, dass die von ihm genannte Variante favorisiert geprüft wird.

Stadtrat Kurt Züblin sichert dieses Vorgehen zu.

Detailberatung Laufende Rechnung Technische Betriebe

Ruedi Zingg (CVP) stellt fest, dass im Konto 1400.3111 die Anschaffung eines Grasaufnahmegerätes (32'000 Franken) und eines Mähgerätes (30'000 Franken) eingesetzt sind. Er beantragt im Namen der CVP-Fraktion die Streichung dieser beiden Positionen. Dem Stadtrat wird empfohlen, ein Maschinenkonzept auszuarbeiten. Es sollen nur absolut notwendige Investitionen getätigt werden.

Stadtpräsident Alex Brühwiler orientiert, dass das Maschinenkonzept in Arbeit ist. Derzeit ist eine wenig leistungsfähige Maschine im Einsatz. Eine Streichung würde bedeuten, dass diese Maschine im Betrieb überlastet würde. Dem Personal müssen die notwendigen Geräte zur Verfügung gestellt werden.

Beschluss des Stadtparlamentes:
Der Streichungsantrag wird mit 10 Ja, 12 Nein und 6 Enthaltungen abgelehnt.

Detailberatung Investitionsrechnung Technische Betriebe

Ruedi Zingg (CVP) führt aus, dass im Konto 1600.50604 Kosten von 263'000 Franken für den Ersatz der VRSG-Lösung enthalten sind. Die Informatikkosten sind in den letzten Jahren überproporzional gestiegen. Er stellt den Antrag, diese Position nicht freizugeben, bevor der Bericht des Stadtrates zum angekündigen Postulat Thomas Hürlimann vorliegt.

Stadtpräsident Alex Brühwiler ist die Problematik mit der VRSG bekannt. Er bestätigt, dass die Begründung des Budgetpostens im Bericht zu kurz ausgefallen ist. Wegen der voraussichtlichen Verselbstständigung der Technischen Betriebe sollte mit der Evaluation einer neuen Software möglichst rasch begonnen werden. Er beantragt, den Kredit heute frei zu geben. Wenn die Beantwortung des Postulates abgewartet werden muss, ist der Fahrplan für die Softwareablösung auf 1.1.2004 gefährdet.

Thomas Hürlimann (CVP) fände es schlecht, wenn bei der Evaluation wieder eine VRSG-Lösung im Vordergrund stehen würde.

Beschluss des Stadtparlamentes:
Abstimmung über den Antrag von Ruedi Zingg: Der Antrag wird angenommen mit 19 Ja, 6 Nein und 3 Enthaltungen.

Schlussabstimmung Budget 2003

In der Schlussabstimmung stehen sich folgende Anträge gegenüber:

Anträge der Geschäftsprüfungskommission:

1. *Das Stadtparlament verzichtet darauf, dass für folgende Projekte der Investitionsrechnung 2003 separate Vorlagen unterbreitet werden:*
   Konto 1070 Rathaus: Umbau 2. Obergeschoss für Hochbauamt (CHF 157'000)
   Konto 1620 Gemeindestrassen: Kirchstrasse, Instandstellung nach Kanalbauarbeiten (CHF 755'000)
   Konto 1750 Gewässerverbauungen: Arneggerbach (CHF 1'000'000)
2. *Die Voranschläge des städtischen Haushaltes und der Technischen Betriebe für das Jahr 2003 seien unter Berücksichtigung der aus dem Parlament überwiesenen Anträge zu genehmigen.*
3. *Der Steuerfuss für das Jahr 2003 sei auf **130 Prozent** der einfachen Steuer festzusetzen.*
4. *Der Grundsteuersatz für das Jahr 2003 sei auf **0,6 Promille** festzusetzen.*
5. *Die Feuerwehrabgabe sei nach dem kantonalen Tarif zu erheben und soll höchstens 200.-- Franken betragen.“*

Gegen-Antrag der FDP-Fraktion zu Ziffer 1
dass das Parlament ausdrücklich Beschluss fasst über jene Projekte der Investitionsrechnung 2003, welche dem Stadtparlament separat zur Beschlussfassung vorgelegt werden müssen. Es sind dies: Konto 1071 Untersuchungsamt, Konto 1217 Oberstufenzentrum, Schulhaus Hirschberg, Notkerschulhaus, Doppelturnhalle Andwil, Konto 1340 Garderoben Buchenwald, Konto 1570 Erweiterung Altersheim Espel, Konto 1620 Bächigenstrasse, Weideggstrasse, Konto 1711 Kanal Wilerstrasse, Kanal Florastrasse, Konto 1750 Bädlibach.

Paul Egger (CVP) geht davon aus, dass der Kommentar des Stadtrates Bestandteil des Budgets ist. Er beantragt Zustimmung zum Antrag der GPK.

Hanspeter Fröhlich (FDP) teilt diese Meinung nicht. Das Parlament soll situativ jene Geschäfte bezeichnen, für welche der Stadtrat eine separate Kreditvorlage erstellen muss.

Stadtpräsident Alex Brühwiler weist darauf hin, dass die von der FDP-Fraktion verlangten Vorlagen schon alle in der Geschäftsplanung 2003 enthalten sind, welche dem Parlamentspräsidium bekannt ist.

Beschluss des Stadtparlamentes:
Antrag 1 GPK: 26 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen
Gegenantrag FDP-Fraktion zu Antrag 1: 6 Ja, 17 Nein, 5 Enthaltungen

Antrag 2 GPK: Einstimmig angenommen.

Anträge 3 – 5 der GPK resp. Anträge 2 und 3 Stadtrat: Einstimmig angenommen.

16.3
Neue parlamentarische Vorstösse

a) Postulat Thomas Hürlimann (CVP) „VRSG-Lösungen in der Stadt Gossau“
b) Postulat Hubert Füllemann (FDP) / Alfred Zahner (FLiG) „Stadtmarketing-Saalvermarktung“
c) Interpellation Ruedi Zingg (CVP) „Neustart für Schulinformatik – Informatik an der Volksschule“
d) Einfache Anfrage Trudi Weibel (FLiG) „Briefzentrum Gossau“

Dieses Protokoll wurde an der Präsidiumssitzung vom 17. Dezember 2002 genehmigt.

Claudia Meier-Uffer	Toni Inauen
Präsidentin	Stadtschreiber